versteckten Reiter, so doch ihre 500 oder wahrscheinlich noch mehr Pferde entdecken müssen, die sich doch nicht derartig verbergen lassen, daß sie unsichtbar sind. Es scheint vielmehr, daß wieder einmal grenzenlose Sorglosigkeit geherrscht hat. Man war so nahe an Klerksdorp heran — in Klerksdorp ist eins der großen Eingeborenen-Concentrationslager, und dies erfordert eine starke Besatzung, so daß Klerksdorp als eines der Centren britischer Herrschaft im Transvaal betrachtet werden muß —, kein Boer war auf dem Marsche gesehen worden, und das Gefühl der Sicherheit derartig groß, daß der Commandeur der Escorte zweien seiner Officiere und 60 Reitern bereits gestattet hatte, voraus zu reiten. Mit einer schwerfälligen, langen Wagencolonne an einem nur 500 Meter von der Marschstraße entfernt liegenden Busche „vorüberzureisen" — marschiren im militärischen Sinne kann man dies doch kaum nennen — in Feindesland, in einem Gebiete, das, obschon „gesäubert", keinesfalls als sicher betrachtet werden durfte, dazu gehört britische, aus Unterschätzung des Feindes und eigener Selbstüberschätzung geborene Unvorsichtigkeit, die den Boeren immer und immer wieder Gelegenheit giebt, ihren so leicht in Vertrauen gewiegten Gegnern schwere Schlappen beizubringen.

Einen Augenblick lang herrschte Panik, dann aber wurden die Geschütze sofort in Stellung gebracht, und sie bewarfen den Busch mit Schrapnells, während die Füsiliere und die Yeomanrie sich in das Gras warfen und das Feuer mit Salven erwiderten. Mit „regelmäßigen und wohlgezielten Salven", sagt der Berichterstatter, gelang es Major Enderby, seine Füsiliere näher und näher an den Busch heran zu bringen, und nach einer halben Stunde wurde es den Boeren zu heiß — 2 Feldgeschütze, 1 Pompon und 2 Maxims waren gegen sie im Feuer —, und sie zogen sich zurück unter dem Schutze des Busches, und zwar so geschickt, daß die Briten nicht sahen, in welcher Richtung sie abritten.

Der Wagentransport scheint hierauf sofort wieder in Marsch gesetzt worden zu sein, doch weit kam er nicht, denn die Boeren, die den Busch, wie ausdrücklich hervorgehoben wird, völlig geräumt hatten, wiederholten ihren Angriff, und zwar diesmal in fast tollkühner Weise, indem sie bis auf 100 Meter an die englische Colonne heranritten und aus dem Sattel ein vernichtendes Feuer gegen dieselbe eröffneten. Die Kugeln schlugen nun zwischen den Gespannen ein, die Maulthiere wurden toll vor Angst und einige Gespanne gingen durch, indem sie in wilder Hast davon rasten und die steilen Abhänge des Jagd-Spruit hinabstürzten. Die große Masse der Gespanne blieb aber noch in Ordnung, doch war die Vertheidigung der Escorte schon nicht mehr so energisch, wie zuvor, denn die Verwirrung ließ sie nicht zu ruhigem Feuer kommen. Noch immer hofften die Briten, sie würden den Convoy davon bekommen, aber ein dritter Angriff der Boeren belehrte sie darüber, daß Alles verloren war. Unter Schutz des im Rücken befindlichen Yzer-Spruit ritten sie abermals, und zwar diesmal auch von hinten, gegen die Colonne und in dieselbe hinein, allen sich ihnen Entgegenstellenden niederreitend oder niederschießend. Jetzt scheint die Verwirrung ihren Höhepunct erreicht zu haben, die Maulthiere gingen mit den Gespannen in allen Richtungen durch — die eingeborenen Wagenführer waren gleich zu Beginn geflohen —, die Boeren waren mitten unter den Vertheidigern, und nach im Ganzen zweistündigem Gefechte war die britische Escorte überwältigt. Die Geschütze wurden, nachdem sie fast ihre gesammte Munition verfeuert hatten, genommen und gegen 7 Uhr Morgens war Alles vorüber.

General Delarey wird ein glänzendes Zeugniß ausgestellt für seine Bemühungen, seine Leute in Ordnung zu halten, und er soll den Sjambock thatkräftig gehandhabt haben.

In Klerksdorp hatte man das Feuer vernommen und Oberst Murray, der am Tage vorher nach Klerksdorp hatte vorausreisen dürfen, sammelte rasch etwa 200 Reiter, aber als er am Ufer des Jagd-Spruit ankam, waren die Boeren bereits im Besitze des Kampffeldes, und Oberst Murray mußte sich in der Richtung auf Klerksdorp zurückziehen.

5 Officiere und 48 Mann wurden getödtet, 8 Officiere, 123 Mann verwundet, der Rest gefangen genommen; 5 Wagen sind nach Klerksdorp entkommen, alle anderen fielen den Boeren in die Hände, ebenso wie die Geschütze. Delarey ließ sie alle verbrennen, ließ aber den Briten zwei Fuhrwerke, um ihre Verwundeten nach Klerksdorp hinein zu bringen.

Die Boeren hatten, so wird angegeben, 30 Todte und 28 Verwundete. Delarey scheint mit seinen Leuten, die sich in drei Abtheilungen auflösten, in allgemein nördlicher Richtung abgeritten zu sein.

„Standard" rühmt Delarey's humane Bemühungen, Ordnung zu schaffen, erkennt die Tapferkeit der Boeren an und fügt ironisch hinzu, daß die drei Colonnen der Boeren nun wohl wieder, wie üblich, von den britischen Colonnen verfolgt werden würden.

Deutsches Reich.

✦ **Berlin**, 7. März. (Eine conservativ-klerikale Allianz.) Für die in 14 Tagen stattfindende Reichstagserfatzwahl in Breslau-West haben sich nicht nur die beiden conservativen Parteien und das Centrum über eine gemeinsam aufzustellende Candidatur geeinigt, sondern der deutsch-conservative Verein, der aus den Anhängern der Reichspartei gebildete „neue Wahlverein" und das Centrum haben ein gemeinsames Wahlbureau eingerichtet, in dem Anhänger der drei Parteien sich einfinden können, um an der Wahlagitation theilzunehmen. Man kann die Intimität nicht gut weiter treiben, denn indem man mit einer anderen Partei zusammen ein Wahlbureau einrichtet, muß man ihr naturgemäß auch Kenntniß von der eigenen Organisation geben. Diese Intimität ist um so auffallender, als gerade in der Provinz Schlesien die Trennung zwischen der evangelischen und der katholischen Bevölkerung ziemlich scharf ist, besonders seitdem infolge der Duldsamkeit und Nachgiebigkeit des Centrums gegen die Polen die großpolnische Bewegung in Oberschlesien einen Umfang angenommen hat, der die Gefahr nahe bringt, daß in absehbarer Zeit der Regierungsbezirk Oppeln ebenso polonisirt sein wird, wie der Regierungsbezirk Posen. Unter diesen Umständen ist es gewiß nicht gleichgiltig, wenn die Conservativen, in deren Reihen ja die Mehrheit der höheren Beamten, insonderheit der Verwaltungsbeamten, sitzt, sich in der Hauptstadt der Provinz Schlesien in eine politische Intimität mit dem Centrum einlassen. Nach dem Grundsatze „les amis de mes amis sont mes amis" dürfen ja dann die Polen auch die schlesischen Conservativen als wohlwollende Gönner ansehen und daraus schließen, daß ihre Agitation den regierenden Kreisen doch nicht als sehr bedenklich erscheine. Wir meinen, daß in den Provinzen, wo der Kampf mit dem Polenthum auszufechten ist, wohl ein politischer Zusammenhang und ein Zusammengehen der Deutschen der verschiedenen Confessionen bestehen kann und soll, aber niemals ein Zusammengehen einer deutschnationalen Partei mit dem Centrum, weil dieses den Rückhalt des Polenthums bildet, das ohne diesen Rückhalt viel leichter zu überwinden wäre. Dabei kommt es gar nicht darauf an, daß in Breslau selbst das Polenthum keine Rolle spielt: Breslau ist der politische und wirthschaftliche Mittelpunct von ganz Schlesien — es betont ja gerade jetzt in der sogenannten „schlesischen Bewegung" diese Stellung —, und deshalb darf es der Provinz kein in nationaler Hinsicht gefährliches Beispiel geben. Nun ist ja in der Politik ein an sich bedenklicher Schritt unter Umständen verzeihlich, wenn er Aussicht auf einen Erfolg verspricht. Es ist auch zweifellos sehr bedauerlich, daß die Residenzstadt Breslau, die zweitgrößte Stadt Preußens, seit fast einem Jahrzehnt mit ihren beiden Wahlkreisen rein socialistisch vertreten ist, und wenn es gelänge, die Socialdemokraten zu verdrängen, so könnte dadurch ein an sich tadelnswerthes Wahlbündniß vielleicht entschuldigt werden. Von einer solchen Aussicht aber ist absolut nicht die Rede. Bei den letzten allgemeinen Wahlen brachten es die drei nationalen Parteien und die Antisemiten zusammen auf 4900 Stimmen, das Centrum auf etwa 2500 Stimmen, zusammen also auf 7400, während die Socialdemokraten 14 900 erhielten, also genau doppelt so viel. Daß der conservativ-klerikale Bewerber diesmal mehr Stimmen erhält, als bei den letzten Wahlen die nationalen Parteien, Antisemiten und Centrum zusammengenommen, erscheint ganz ausgeschlossen, denn die nationalliberalen Wähler werden sich sicherlich für einen solchen Candidaten nicht allzusehr ins Zeug legen. Auf der anderen Seite hat die Socialdemokratie von Wahl zu Wahl an Stimmen zugenommen. Dazu kommt, daß wenigstens in den großen Städten die Parole „gegen den Zolltarif" zweifellos zugkräftig ist, insonderheit in der Hauptstadt einer an Oesterreich und Rußland angrenzenden Provinz. Es ist also kaum eine übertriebene Annahme, daß die Socialdemokraten diesmal sicherlich 16 000 Stimmen erhalten werden und damit ohne Weiteres im ersten Wahlgange den Sieg erringen. Um eines solchen Erfolges willen aber ist ein Bündniß mit den Freunden der Polen gewiß nicht nöthig.

S. **Berlin**, 7. März. (Der französische Socialistencongreß in Tours.) Die französische Socialdemokratie hat zu Tours über einer großen Aufgabe gebrütet: in Tag-, Abend- und Nachtsitzungen hat sie über ein Parteiprogramm berathen, auf das alle zahlreichen Gruppen der französischen Socialdemokratie sich einigen sollen. Schon jetzt liegen bekanntlich zwei socialdemokratische Parteiprogramme fix und fertig vor, das deutsche und das österreichische; aber allem Internationalismus zum Hohn mußten die Franzosen natürlich trotzdem ein national-französisches Programm ausarbeiten, da sie die beiden vorhandenen nur wenig gebrauchen können. Am wenigsten nützte ihnen das deutsche — das sogenannte Erfurter — Programm. Denn dieses ist ja längst veraltet. Vor Allem ist es seine Verelendungstheorie, die einer der leitenden französischen Socialisten, Jaurès, verwirft. Ist für uns Deutsche diese Stellungnahme besonders interessant, so sind die Verhandlungen von Tours in anderen Beziehungen für uns ebenfalls sehr lehrreich. Nur beiläufig sei erwähnt, daß die Frage eines Agrarprogramms auch den französischen Socialisten Kopfzerbrechen macht. Ueber den Generalstreik gingen die Meinungen auseinander. Während Revelin den Generalstreik als Programmpunct verwirft, will Briand ihn ins Programm aufgenommen wissen und auch Jaurès erklärt ihn an sich für legal und in Bezug auf gewisse Forderungen für sehr wirksam. Mehr Einigkeit herrschte in Tours über die Stellung der Socialdemokratie zur Revolution. Man hat sich grundsätzlich für die Revolution unter Gründen ausgesprochen, die recht bezeichnend sind. Jaurès nämlich sagte: „Wir sollen Revolutionäre sein auch in dem Sinne, daß wir den Capitalismus nicht mehr als ein Rechtssystem anerkennen, sondern blos als einen Gewaltzustand. Wenn aber historische Erschütterungen eintreten, irgend ein glücklicher Zufall, dann darf das Proletariat den gesetzlichen Boden verlassen, ohne sich von Loyalitätsskrupeln abhalten zu lassen." Der Congreß in Tours hat diese Darlegung des „Genossen" Jaurès mit Beifall begrüßt und dadurch zum Ausdrucke gebracht, daß er gegenüber der Revolution lediglich einen Opportunitätsstandpunct einnimmt. Geschichtliche Erschütterungen, wie etwa ein Krieg Frankreichs mit dem Auslande oder sonst ein glücklicher Zufall, sollen also zum gewaltsamen Umsturze des Capitalismus benutzt werden, da dieser nicht als Rechtssystem, sondern als Gewaltzustand anzusehen ist. Die deutsche Socialdemokratie wird nicht umhin können, früher oder später mit den Verhandlungen des Congresses von Tours, insbesondere mit seiner Haltung gegenüber der Revolution, sich zu beschäftigen.

* **Berlin**, 7. März. An die Zolltarifcommission richtet die „Köln. Ztg." folgende lehrhafte Ermahnung: „Der Seniorenconvent des Reichstages, der den Beginn der Osterferien nach Schluß der Etatsberathung, also voraussichtlich bereits auf Mitte nächster Woche, festgesetzt hat, überläßt es der Zolltarifcommission, zu bestimmen, ob sie noch eine Woche nach Beginn der Osterpause zusammenbleiben und ebenso eine Woche vor Ablauf der Ferien ihre Arbeit wieder aufnehmen will. Zweifellos ist es richtig, daß die Zolltarifcommission selbst diese Entscheidung fällt; dann aber darf man auch zuversichtlich darauf rechnen, daß wenigstens die Mehrheit der Commission, soweit sie ein Zustandekommen der Zolltarifvorlage wünscht, pflichteifrig und arbeitsfreudig genug sein wird, um endlich einmal nach dem Wegfall der Reichstagssitzungen die Vorberathung des Zolltarifs nachdrücklich zu fördern. Wenn so wie bisher in der Commission weiter gearbeitet wird, so muß sie nothwendig zum Hohn und Spott aller ernsten Parteien werden. Von den endlosen Geschäftsordnungserörterungen, die leider aufs Neue beweisen, daß die zolltariffreundliche Mehrheit nicht geschlossen ist, ganz abgesehen, so ist es doch angesichts der geringen Arbeitsleistung, die die Commission in ihren bisherigen 32 Sitzungen aufzuweisen hat, und angesichts der Thatsache, daß noch weit über 900 Zollsätze der Durchberathung harren, offenbar, daß, wenn nicht die Commission eine ganze Anzahl von Tagen der Weiterberathung widmet, eine Fertigstellung der Vorlage für die zweite Lesung im Reichstage schon jetzt als ausgeschlossen angesehen werden muß. Die Erörterung der einzelnen Zollsätze wird zudem, sobald einmal an mehreren Tagen hintereinander verhandelt wird, viel glatter verlaufen als nach dem bisherigen Gange angenommen wird. Denn sie setzt für die einzelnen Waarengattungen so viele technische Kenntnisse voraus, daß jedes Mitglied der Commission, dem an seiner persönlichen Reputation noch etwas liegt, sich hüten wird, allzu tief in die einzelnen Materien einzutreten, die es unmöglich beherrschen und übersehen kann, während dem Regierungsvertretern auf Grund der zahlreichen Erhebungen des wirthschaftlichen Ausschusses das reichhaltigste, sachliche Material zur Begründung der eingestellten Zollsätze zur Verfügung steht. Die Fortsetzung der Berathungen der Zolltarifcommission während eines Theiles der Osterferien bietet die einzige Möglichkeit, die der Commission vom Reichstage gestellte Aufgabe zu lösen. Wenn hier die Mehrheit versagt, so trägt sie weiter dazu bei, das ohnedem schon genügend durch die Pflichtvernachlässigung der Abgeordneten geschädigte Ansehen der Volksvertretung aufs Neue schwer zu beeinträchtigen." Dieser in vielen Puncten zutreffenden und schon wegen der sich aufdrängenden Frage nach ihrem Ursprunge interessanten Auslassung wäre im Interesse ihrer Wirkung nur zu wünschen, daß sie etwas weniger schulmeisterlich wäre.

⊙ **Berlin**, 7. März. (Telegramm.) Der Kaiser und die Kaiserin unternahmen gestern Nachmittag einen gemeinsamen Spazierritt und speisten Abends, wie schon gemeldet, beim Oberstkämmerer Grafen Solms-Baruth. Heute Morgen um 9 Uhr begab sich der Kaiser nach Potsdam, um den Reitbesichtigungen beizuwohnen.

⊙ **Berlin**, 7. März. (Telegramm.) Der „National-Zeitung" wird bestätigt, daß der Regierungspräsident Hegel in Gumbinnen nicht zum Nachfolger des Ministerialdirectors Dr. Kügler in der Leitung des Volksschulwesens bestimmt ist.

⊙ **Berlin**, 7. März. (Telegramm.) Wie die „Nationalzeitung" hört, bestätigt sich die Vermuthung, daß der Austritt des Professors Max Lehmann in Göttingen aus der dortigen königlichen Gesellschaft der Wissenschaften eine Folge des von der „Nationalzeitung" seinerzeit im Auszuge mitgetheilten Aufsatzes ist, den das Januarheft der „Preußischen Jahrbücher" veröffentlicht hat.

* **Berlin**, 7. März. (Telegramm.) In der heutigen Sitzung der Budgetcommission des Abgeordnetenhauses theilte Geheimrath Kirchner vom Cultusministerium mit, es sei gelungen, ein sicheres Immunisirungsverfahren gegen die Maul- und Klauenseuche zu entdecken; die Annahme sei gerechtfertigt, daß es bald gelinge, ein Präparat herzustellen, das dem einzelnen Besitzer ermöglicht, seinen gesammten Viehbestand für eine verhältnißmäßig geringe Summe zu immunisiren. Professor Löffler in Greifswald, der diese Versuche geleitet habe, habe auch das Verfahren Bacelli's geprüft, das Mittel aber gefährlich und nicht wirksam gefunden.

H. **Hamburg**, 7. März. (Privattelegramm.) Wie der „Hamb. Corr." erfährt, wird der Regierungspräsident Hegel in Gumbinnen keinesfalls Nachfolger des Ministerialdirectors Dr. Kügler in der Leitung des preußischen Volksschulwesens. (Wiederholt).

⊙ **Wilhelmshaven**, 7. März. (Telegramm.) Der Dampfer „Silvia" hat mit dem Ablösungstransport für Kiautschau heute Vormittag die Ausreise angetreten.

z. **Greiz**, 7. März. Die Arbeitsaufnahme ist heute Vormittag 8 Uhr in sämmtlichen Fabriken geschlossen erfolgt, nur in Albert's Fabrik erfolgte sie erst Nachmittags 1½ Uhr

* **Coburg**, 7. März. Da eine Einigung über das Steuergesetz nicht erfolgt ist, so ist der Landtag bis Mittwoch vertagt worden. Erfolgt bis dahin keine Verständigung, so wird die Auflösung des Landtags erwartet.

* **Gleiwitz**, 6. März. Der königl. Landrath des Pleßer Kreises macht im amtlichen „Pleßer Kreisblatt" unter Nr. 112 Folgendes bekannt:

„In Neumann's Stadtbuchdruckerei in Gleiwitz ist zum Preise von 5 Pfennig das Stück ein Schriftchen über Ritualmord und Eid als offener Brief an den Reichstagsabgeordneten Liebermann von Sonnenberg in Groß-Lichterfelde vom Rabbiner Dr. Wilhelm Münz in Gleiwitz erschienen.

Indem ich die Kreiseingesessenen auf das vorzügliche Schriftchen aufmerksam mache, empfehle ich die Beschaffung der Lectüre desselben Allen, welche noch an das Märchen des Ritualmordes der Juden glauben und in unbegründeten Vorurtheilen unseren jüdischen Mitbürgern gegenüber befangen sind."

* **Frankfurt a. M.**, 6. März. Die Stadtverordneten beriethen über die Aufstellung des Bismarckdenkmals, wofür der Magistrat einen Platz in der Anlage neben dem neuen Schauspielhause vorschlägt. Der Socialdemokrat Dr. Quarck bekämpfte die Vorlage aufs Heftigste und meinte, das Bismarckdenkmal gehöre neben das Polizeipräsidium und das Gefängniß, neben das Schauspielhaus aber das Denkmal der Mutter Goethe's. Die Versammlung überwies nach langer Erörterung die Vorlage an den Tiefbau-Ausschuß. (Köln. Ztg.)

⊙ **Metz**, 7. März. (Telegramm.) Der deutsche Kronprinz besichtigte gestern mit seiner Umgebung unter der Führung des Grafen Haeseler die Schlachtfelder und nahm Abends an einem Diner beim Grafen Haeseler theil, wobei die Bevölkerung ihn auf der Fahrt dorthin jubelnd begrüßte. Der Bischof Benzler erwiderte am Mittwoch den Besuch des Kronprinzen und verweilte längere Zeit bei ihm.

* **Aus dem Großherzogthum Baden.** Der Parteitag der badischen Socialdemokratie, der am Sonntag in Offenburg abgehalten wurde, erinnert in seinem Ausgang sehr an das „Dornberger Schießen". Vom allgemeinen Parteivorstand war der Reichstagsabgeordnete Bebel erschienen, und man hoffte nun, das „blaue Wunder" zu erleben, das er auf dem Lübecker Parteitag gelegentlich der Abrechnung mit den badischen Genossen in Aussicht gestellt hatte. Aber seine Ausführungen waren verhältnißmäßig sehr zahm und thaten weder dem Redacteur Kolb noch den andern opportunistischen Uebelthätern besonders wehe. Auf alle Vorwürfe wegen des Compromisses mit bürgerlichen Parteien und der Genehmigung des Budgets vertheidigten sich die Opportunisten recht geschickt und zogen die Mehrheit zu sich herüber. Schon der von dem Abgeordneten Dreesbach erstattete Bericht über die Thätigkeit der Landtagsfraction hatte erklärt, daß sich die socialistischen Abgeordneten von Fall zu Fall die Prüfung vorbehalten müßten, ob sie das Budget annehmen oder ablehnen wollten; mit gebundenen Händen und geschlossenem Mund würden sie nicht in den Landtag gehen. In Summa: trotz der großen Worte der Radicalen bleibt Alles beim Alten. (Köln. Ztg.")

Oesterreich-Ungarn.

* **Pest**, 7. März. (Telegramm.) Das Amtsblatt veröffentlicht ein dem Ministerpräsidenten anläßlich der Verleihung des Großkreuzes des Stefans-Ordens zugegangenes Handschreiben des Königs, das betont, daß die Verleihung in Anerkennung seiner mit voller Hingebung geleisteten hervorragenden und erfolgreichen Dienste erfolge.

Frankreich.

Loubet's Reise zum Zaren.

* **Paris**, 7. März. (Telegramm.) „Echo de Paris" berichtet über die Reise des Präsidenten Loubet nach Petersburg: Der Präsident verläßt am 17. Mai Dünkirchen an Bord des Panzers „Massena", begleitet von einem aus vier Schiffen bestehenden Geschwader. Sein Aufenthalt in Rußland dürfte vom 21. Mai bis zum 25. Mai dauern; am 30. Mai dürfte der Präsident wieder in Dünkirchen eintreffen. Die Regierung wird noch vor dem Schlusse der Tagung der Kammer die zur Reise erforderlichen Credite verlangen.

Niederlande.

* **Haag**, 7. März. Der Präsident der Ersten Kammer van Naamen van Eemnes ist heute früh gestorben.

Spanien.

Großjährigkeitserklärung.

* **Madrid**, 7. März. (Telegramm.) Die Budgetcommission beanstandet die für die Festlichkeiten anläßlich der Großjährigkeitserklärung des Königs von der Regierung geforderten Credite.

Großbritannien.

Fenierbewegung.

* **London**, 7. März. (Telegramm.) An dem heutigen Cabinetsrath wird den „Times" zufolge auch der Lordlieutnant von Irland theilnehmen. Es soll die bedenkliche Wiederbelebung der Fenierbewegung in Irland, namentlich die Thätigkeit der vereinigten irischen Liga erwogen werden. Die „Times" behaupten, Grund zu der Annahme zu haben, daß der Lordlieutnant auf eine Anwendung der Ausnahmegesetze von 1887 dringen werde.

Rußland.

Zeitungsverbot.

* **Petersburg**, 7. März. (Telegramm.) Der „Regierungsbote" giebt bekannt, daß in einer am 5. März abgehaltenen gemeinsamen Berathung der Minister des Innern, der Justiz und für Volksaufklärung, sowie des Oberprocurators des Heiligen Synods beschlossen worden ist, das Erscheinen der Zeitung „Rottija" für immer zu verbieten.

Orient.

Miß Stone, Armenisches.

* **Konstantinopel**, 6. März. (Telegramm.) Der amerikanische Gesandte überreichte der Pforte eine Note, in der die Verantwortung für die Gefangennahme von Miß Stone der türkischen Regierung zugeschoben und die Rückzahlung des Lösegeldes verlangt wird. In ihrer Antwort lehnt die Pforte jede Verantwortung und die Bezahlung des Lösegeldes ab. (Wiederholt.)

* **Konstantinopel**, 6. März. („Wiener Telegr. Correspond.-Bureau".) Die Pforte verständigte den armenischen Patriarchen, daß der Unterricht in der armenischen Sprache an den armenischen Schulen untersagt wurde. Der Patriarch Ormanian erhob entschieden gegen diese Maßnahme Einspruch und drohte für den Fall der Durchführung mit seiner Demission; er erklärte, auf diesem Beschlusse zu beharren, weil kein Grund zur Aufhebung des armenischen Geschichtsunterrichts bestehe, da mit der Religion Geschichte eng verbunden, und auch allen anderen Religionsgenossenschaften der Unterricht in der nationalen Geschichte gestattet sei.

Asien.

Die Verwaltung Tientsins.

* **London**, 7. März. (Telegramm.) Der Correspondent der „Times" in Peking hatte mit Juanschikai eine Unterredung über die Forderung der Chinesen, die Verwaltung Tientsins ihnen zurückzugeben. Juanschikai sagte, in dem Friedensprotokolle sei nichts enthalten, was die Annahme gestatte, daß China der Herrschaft über die Haupthandelsstadt der Provinz beraubt werden solle, die Stadt, von der aus die Provinz allein verwaltet werden könne. Die Mächte könnten doch nicht glauben, daß er, der in Schantung während der ganzen Zeit der Wirren die Ordnung aufrechterhalten habe, jetzt nicht für Ordnung sorgen könne. Er sei bereit, den Plan einer Verbesserung des Laufs des Peiho weiter durchzuführen und zu erweitern, er habe diesen Plan stets begünstigt und wolle auch 700 000 Taëls, zu deren Zahlung an die Verwaltung der Seezölle für die Zwecke der Kriegsentschädigung die provisorische Regierung sich verpflichtet habe, weiter zahlen. Das Auswärtige Amt gehe damit um, an die fremden Vertreter die Anfrage zu richten, wenn es wieder die Regierung im eigenen Namen werde übernehmen können.

Amerika.

Deutschland und die Union.

* **Washington**, 6. März. In Beantwortung von Anfragen hinsichtlich Schantungs erklärte die deutsche Regierung dem Staatsdepartement, sie beabsichtige nicht, die Bürger anderer Nationen von den Vortheilen auszuschließen, die dort Deutsche genießen sollten. Auch Rußland hat erneute Bürgschaften bezüglich der Handelsrechte anderer Nationen in seiner chinesischen Einflußsphäre gegeben.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

⊙ **Berlin**, 7. März. (Telegramm.) Das Haus setzt die Berathung des Cultusetats fort.

Abg. **Tittrich** (Centr.) verlangt, daß die Kirche in der Schule bei der Bildung und Erziehung der Jugend die Stellung einnehme, die ihr gebühre, und wünsche geistliche Schulinspectoren oder, wenn das nicht zu erreichen sei, wenigstens Laien derselben Confession.

Cultusminister **Studt** erklärt, zwischen Staat und Kirche gebe es eine Grenze. Von katholischer Seite sei wiederholt anerkannt worden, daß bei der Unterrichtsverwaltung der beste Wille besteht, den Wünschen gerecht zu werden.

Abg. **Trimborn** (Centr.) wendet sich in längeren Ausführungen gegen den Gustav-Adolf-Verein und den Evangelischen Bund.

Abg. **v. Eynern** (natl.) wendet sich gegen die Ausführungen der Abgeordneten Tittrich und Trimborn; das Wesen des Ultramontanismus bestehe darin, daß er den Staat kirchlichen Anforderungen dienstbar machen wolle.

Abg. **Stychel** (Pole) verbreitet sich ausführlich über die Ungerechtigkeit, in den Schulen von polnischen Kindern die Kenntniß des Deutschen zu verlangen. Er beschwert sich über den Mangel an katholischen Schulen und über die genauere Behandlung der polnischen Kinder seitens der Lehrer in Wirschen. Die Schule werde zu einer politischen Zuchtanstalt mit Zwecken, die nicht in die Schule gehören.

Weiterberathung morgen 11 Uhr. Schluß 5¼ Uhr.

Bücherbesprechungen.

Neues Sächsisches Kirchenblatt. Herausgeber Pastor Klotz, Verleger Georg Wigand in Leipzig. Post-Zeitungs-Nummer 5558. Preis vierteljährlich 2 ℳ Nr. 10. Inhalt: Ueber die Erwärmung der Kirchen. (Schluß.) — Die confessionelle Frage in der Gegenwart. — Kirchliche Chronik: Zum Fall Kühn. Papst-Jubiläum. Erbgroßherzogin Pauline. Armer Schell! — Chemnitzer Conferenz. Römische Agitation. Theologische Candidaten-Prüfungen. Leipziger Verein für Innere Mission. Militärgemeindeheim. Oelsnitz i. V. Nossen. Personalien. — Vom Büchertische. — Quittung. — Stellen-Bewegung.

* * *

Eingegangen: **Verzeichniß Nr. 8** von Paul Schirmer, Antiquariat, in Leipzig, Königsstraße Nr. 2. — I. Geschichte und Hilfswissenschaften. II. Kriegsgeschichte, Militaria, Marine, Sport. III. Jurisprudenz, Staats- und Völkerrecht, Politik, Finanzwissenschaft, Nationalökonomie, Socialismus. IV. Varia.

Auf die der vorliegenden Nummer beigelegte Offerte der Weingroßhandlung **Ph. Brand & Co.** in Berlin sei auch an dieser Stelle hingewiesen.

Kein Baum fällt auf einen Schlag,

keine Lungenkrankheit heilt man an einem Tag, wie nachstehende Schreiben beweisen:

Herr **Herm. Leopold** in **C.**

Da ich von Ihrem berühmt gewordenen russischen Knöterichthee schon viele Dankschreiben gelesen habe, ich eine erkrankte Tochter besitze, welche sich in ihrer Stellung eine Erkältung zugezogen hat **und ihr ärztlich der oben genannte Thee** empfohlen wird, ersuche ich Sie, mir umgehend eine Sendung zugehen zu lassen.

Herr **J. Graebele** in **St.**

Bei Anwendung Ihres russischen Knöterichthees finde ich mich sehr wohl, und ersuche ich Sie, bei Eintreffen dieses mir 20 Packete per Nachnahme zuzusenden.

Herr **C. Härtling** in **K.**

Wollen Sie mir wieder 25 Packete Ihres russischen Knöterich per Nachnahme senden. Bin bis jetzt mit dem Erfolg sehr zufrieden und werde Ihnen nach Beendigung der Kur weitere Mittheilung zugehen lassen.

Herr **Grotehaus** in **Sch.**

Da Ihr vortrefflicher russischer Knöterich meiner Frau die besten Dienste erwiesen — Husten sowie Schmerzen in der Brust haben sich verloren und fühlt sich meine Frau jetzt sehr wohl — ersuche ich Sie um nochmalige Zusendung von 15 Packet per Nachnahme.

Die Originale liegen zu Jedermanns Einsicht bereit. Wer an Lungen-, Luftröhren- oder Kehlkopf-Katarrh, Husten, Heiserkeit ꝛc. ꝛc. leidet, wolle den patentamtlich geschützten Weidemann'schen russischen Knöterich nur direkt von dem I. Knöterichthee-Importhaus Deutschlands, E. Weidemann, Liebenburg (Harz) beziehen oder von Frau **L. Bähle**, Dresdner Straße 4. Dr. **Mylius**, Engel-Apotheke, Markt 12, Leipzig.